

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Hönes und der Fraktion  
DIE GRÜNEN**  
**— Drucksache 10/4684 —**

**Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger zu § 218 StGB**

*Der Bundesminister des Innern – V II 8 – 126 595/2 – hat mit Schreiben vom 30. Januar 1986 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

1. Billigt und teilt die Bundesregierung diese Argumentation des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger?
2. Billigt die Bundesregierung die in dieser Äußerung enthaltene implizite Gleichsetzung von Schwangerschaftsabbrüchen, die zur Abwendung einer persönlichen Notlage durchgeführt werden, mit „Schwerkriminalität“?
3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der GRÜNEN, daß diese Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger eine schwerwiegende Diskriminierung all jener Frauen bedeutet, die einmal den Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft in Erwägung gezogen oder durchgeführt haben oder künftig einmal in diese Situation geraten können?
4. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die zitierte Äußerung geeignet ist, die in den letzten Monaten stark polemisierte Diskussion um eine für Frauen zentrale Problematik ihrer Lebensplanung in der notwendigen Weise zu versachlichen?
5. Teilt die Bundesregierung die in der Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger ebenfalls implizit enthaltene Behauptung, daß Frauen als potentiell Betroffene des § 218 bei der Beratung einer (wie auch immer gearteten) Veränderung dieses Gesetzes nicht hinzugezogen zu werden brauchen, sondern ein für Frauen so schwerwiegender Paragraph wie der § 218 ausschließlich von Männern diskutiert und ggf. modifiziert werden kann?

Die Kleine Anfrage nimmt Bezug auf ein Zitat aus der Südwest Presse Ulm vom 30. November 1985. Dieses Zitat ist unzutreffend. Das hat der Parlamentarische Staatssekretär Spranger u. a. dem Pressesprecher des Kreisverbandes Neu Ulm der GRÜNEN mit Schreiben vom 12. Dezember 1985 unter Hinweis darauf, daß ihm jegliche Diskriminierung von Frauen fernliegt, mitteilen lassen.

Die Antworten auf die Fragen 1 bis 5 der Kleinen Anfrage entfallen somit.

